

VEREINSSATZUNG VON WIRTSCHAFT KANN KINDER e.V.

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

(1) Der Verein führt den Namen

„Wirtschaft kann Kinder“.

(2) Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden. Nach der Eintragung führt er zu seinem Namen den Zusatz e. V.

(3) Der Verein hat seinen Sitz in Berlin.

(4) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck des Vereins

(1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Er wird als Förderverein nach § 58 Nr. 1 AO tätig, der seine Mittel zur Förderung steuerbegünstigter Zwecke von anderen Körperschaften verwendet.

(2) Zweck des Vereins ist die Hilfe, Unterstützung und Förderung für Familien und Kinder, die unter schwierigen sozioökonomischen Bedingungen leben, die Förderung der Jugendhilfe, die Förderung der Erziehung sowie der Berufsausbildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, einschließlich der Studentenhilfe. Der Verein versteht sich überdies als Dachverband weiterer Vereine, die im Bereich des Satzungszwecks tätig sind.

(3) Der Satzungszweck wird insbesondere durch folgende Aktivitäten verwirklicht:

a) Die Beschaffung von Mitteln durch Spenden, Beiträge, Umlagen, Zuschüsse, sonstige Zuwendungen und weiterer erwirtschafteter Überschüsse und Gewinne sowie deren Weiterleitung zur Förderung der steuerbegünstigten Zwecke im Sinne des Absatzes 2.

b) Die Gewährung von materiellen / finanziellen Hilfen für Familien, Eltern (einschließlich Alleinerziehender), Jugendlichen und Kindern, die unter schwierigen



sozioökonomischen Bedingungen leben, wenn diese hilfebedürftig im Sinne des § 53 AO sind oder eine Notlage besteht.

- c) Die Förderung von Voll- und Halbwaisen, Heimkindern und Kindern aus einkommensschwachen Familien. Ihnen soll der Besuch künstlerischer oder musikalischer Vorführungen (z.B. Oper und Theater) sowie die Teilnahme in Sportvereinen und an Sportveranstaltungen finanziell ermöglicht werden. Dadurch sollen vor allem sportliche, künstlerische und musikalische Interessen weiterentwickelt und gefördert werden.
 - d) Die Durchführung von Kunst-, Bildungs- und Kulturveranstaltungen für Kinder, Jugendliche und Heranwachsende. Insbesondere initiiert und organisiert der Verein Gruppenausflüge zu verschiedenen kulturellen Einrichtungen.
 - e) Die Förderung von Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und Heranwachsende für eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Weiterhin die Förderung und Unterstützung in jeder zulässigen Art und Weise von Einrichtungen und Maßnahmen, die einer positiven sozialen Entwicklung dienen, insbesondere von Bildungseinrichtungen.
 - f) Die Organisation und Vermittlung von Maßnahmen (z.B. Nachhilfeunterricht, Förderunterricht und Vermittlung von Praktika) zum Erreichen von qualifizierten Bildungsabschlüssen für Jugendliche und Heranwachsende aus bildungsbenachteiligten Familien.
 - g) Die Unterstützung von Jugendlichen und Heranwachsenden bei Arbeitsbewerbungen und der Ausbildungsplatz- und Lehrstellensuche, um ihnen eine berufliche und soziale Perspektive zu bieten.
- (4) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (5) Die Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- (6) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.



§ 3 Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitglieder des Vereins bestehen aus ordentlichen Mitgliedern, Fördermitgliedern und Ehrenmitgliedern.
- (2) Mitglied des Vereins kann jede natürliche und juristische Person werden. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich an den Vorstand zu richten.
- (3) Mit dem Antrag erkennt der Bewerber für den Fall seiner Aufnahme die Satzung an. Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht.
- (4) Über die Aufnahme entscheidet der 1. Vorsitzende des Vorstands durch Beschluss. Die Entscheidung ist dem Antragsteller mitzuteilen; sie bedarf keiner Begründung. Lehnt der 1. Vorsitzende des Vorstands den Aufnahmeantrag ab, so steht dem Betroffenen die Berufung zur Mitgliederversammlung zu. Diese entscheidet endgültig.
- (5) Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Aufnahmebeschluss.
- (6) Ehrenmitglieder werden durch die Mitgliederversammlung ernannt.

§ 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Ziele und Interessen des Vereins zu unterstützen sowie die Beschlüsse und Anordnungen der Vereinsorgane zu befolgen.
- (2) Die Mitglieder sind berechtigt, die Einrichtungen des Vereins zu benutzen und an den Veranstaltungen teilzunehmen.
- (3) Ordentliche Mitglieder, sind solche die im Verein aktiv mitarbeiten, sie haben in der Mitgliederversammlung gleiches Stimmrecht. Eine Übertragung des Stimmrechts ist nicht zulässig.
- (4) Fördermitglieder sind die im Verein nicht aktiv arbeitenden Mitglieder, die jedoch die Ziele und auch den Zweck des Vereins in geeigneter Weise fördern und unterstützen sollen. Sie sind in der Mitgliederversammlung vorschlagsberechtigt, jedoch nicht stimmberechtigt.
- (5) Ehrenmitglieder sind in der Mitgliederversammlung nicht stimmberechtigt.



§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Insolvenz, Austrittserklärung, Ausschluss oder Streichung der Mitgliedschaft.
- (2) Der Austritt ist gegenüber dem Vorstand schriftlich zu erklären. Der Austritt eines ordentlichen Mitgliedes ist unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zu jedem Kalenderjahresende zulässig. Der Austritt eines Fördermitgliedes ist unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat zum Monatsende zulässig. Zur Einhaltung der Frist ist rechtzeitiger Zugang der Austrittserklärung an ein Mitglied des Vorstands erforderlich.
- (3) Der Ausschluss aus dem Verein ist nur bei wichtigem Grund zulässig. Über den Ausschluss entscheidet auf Antrag des Vorstands die Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden stimmberechtigten ordentlichen Mitglieder. Der Vorstand hat seinen Antrag dem auszuschließenden Mitglied mindestens zwei Wochen vor der Versammlung schriftlich mitzuteilen. Eine schriftlich eingehende Stellungnahme des Mitglieds ist in der über den Ausschluss entscheidenden Versammlung zu verlesen. Der Ausschluss des Mitglieds wird mit der Beschlussfassung wirksam. Der Ausschluss soll dem Mitglied, wenn es bei Beschlussfassung nicht anwesend war, durch den Vorstand unverzüglich schriftlich bekanntgemacht werden.
- (4) Die Streichung der Mitgliedschaft kann erfolgen, wenn das Mitglied mit sechs Beiträgen in Rückstand ist und den rückständigen Betrag auch nach schriftlicher Mahnung nicht innerhalb von sechs Monaten von der Absendung der Mahnung an voll entrichtet. Die Mahnung muss mit eingeschriebenem Brief an die letzte dem Verein bekannte Anschrift des Mitglieds gerichtet sein. In der Mahnung muss auf die bevorstehende Streichung der Mitgliedschaft hingewiesen werden. Die Mahnung ist auch wirksam, wenn die Sendung als unzustellbar zurückkommt. Die Streichung erfolgt durch Beschluss des Vorstands, der dem betroffenen Mitglied nicht bekanntgemacht wird.

§ 6 Mitgliedsbeiträge

- (1) Es ist ein monatlicher Beitrag zu entrichten.
- (2) Die Höhe des Beitrages für die ordentlichen Mitglieder und für die Fördermitglieder bestimmt die Mitgliederversammlung. Ehrenmitglieder sind von einer Beitragspflicht befreit.
- (3) Der Beitrag ist im Voraus zu zahlen und für den Eintrittsmonat voll zu entrichten.



- (4) Der Vorstand kann Beiträge stunden oder ganz oder teilweise erlassen.
- (5) Eine Aufnahmegebühr wird nicht erhoben.

§ 7 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

- a) der Vorstand,
- b) die Mitgliederversammlung,
- c) der Beirat.

§ 8 Vorstand

- (1) Der Vorstand des Vereins besteht aus dem 1. Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden (wobei bis zu drei Stellvertreter gewählt werden können) und dem Kassenwart.
- (2) Der Verein kann gerichtlich und außergerichtlich in allen Vereinsangelegenheiten durch den 1. Vorsitzenden des Vorstands allein vertreten werden, ansonsten nur durch 2 Vorstandsmitglieder gemeinsam.
- (3) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung in geheimer Wahl gewählt. Wiederwahl ist möglich. Die Amtsdauer eines Vorstandsmitglieds endet mit Ablauf des 75. Lebensjahrs des Vorstandsmitglieds, es sei denn die Mitgliederversammlung bestellt das Vorstandsmitglied darüber hinausgehend länger oder neu. Der Vorstand bleibt solange im Amt, bis eine Neuwahl erfolgt.
- (4) Das Amt eines Mitgliedes des Vorstandes endet mit seinem Rücktritt oder mit seinem Ausscheiden aus dem Verein. Scheidet ein Mitglied vor Ablauf seiner Amtsdauer aus, wählt der Vorstand ein Ersatzmitglied für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitgliedes.
- (5) Verschiedene Vorstandsämter können nicht in einer Person vereinigt werden.
- (6) Der Vorstand führt die Vereinsgeschäfte und ist in allen Angelegenheiten zuständig, die nicht nach § 9 Abs. 4 der Mitgliederversammlung zugewiesen sind.



- (7) Satzungsänderungen werden durch den Vorstand beschlossen, es sei denn, diese begründen eine Leistungspflicht für die Mitglieder des Vereins. Solche Satzungsänderungen obliegen der Mitgliederversammlung.
- (8) Der Vorstand trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit.
- (9) Der Vorstand kann für seine Tätigkeit eine pauschale Aufwandsentschädigung erhalten in Höhe der jeweils gültigen Pauschale im Sinne des Einkommenssteuergesetzes.
- (10) Der 1. Vorsitzende des Vorstands ist berechtigt, zu seiner Entlastung einen Geschäftsführer zu bestellen.

§ 9 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist einzuberufen,
 - a) wenn es das Interesse des Vereins erfordert,
 - b) mindestens einmal jährlich, möglichst in den ersten drei Monaten des Kalenderjahres,
 - c) bei Ausscheiden eines Mitglieds des Vorstands binnen drei Monaten,
 - d) wenn die Einberufung von einem Viertel aller stimmberechtigten ordentlichen Mitglieder unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt wird.
- (2) Der Vorstand hat der vorstehend unter Abs. 1 Buchstabe b zu berufenden Versammlung einen Jahresbericht und eine Jahresrechnung vorzulegen; die Versammlung hat über die Entlastung des Vorstands Beschluss zu fassen.
- (3) Die Mitgliederversammlung ist vom Vorstand schriftlich unter Einhaltung einer Frist von drei Wochen einzuberufen. Die Frist beginnt mit der Absendung der Einladung der stimmberechtigten ordentlichen Mitglieder an die letzte bekannte Mitgliederanschrift. Die Einberufung der Versammlung muss den Gegenstand der Beschlussfassung bezeichnen. Jedes stimmberechtigte ordentliche Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich beantragen, dass weitere Angelegenheiten nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Versammlungsleiter hat sodann zu Beginn der Versammlung die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen. Über Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die erst in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt der amtierende Vorstand.
- (4) Die Mitgliederversammlung beschließt insbesondere über:
 - a) die Genehmigung der Jahresrechnung,
 - b) die Entlastung des Vorstands,
 - c) die Wahl und Abberufung des Vorstands,



- d) die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge,
 - e) Satzungsänderungen, die Leistungspflichten der Mitglieder begründen,
 - f) Anträge des Vorstands und der Mitglieder,
 - g) Berufungen abgelehnter Bewerber,
 - h) die Auflösung des Vereins,
 - i) Ernennung von Ehrenmitgliedern,
 - j) die Wahl des Beirates.
- (5) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig.
- (6) Zur Beschlussfassung über die Änderung der Satzung, die Abberufung des Vorstands sowie über die Auflösung des Vereins ist die Anwesenheit von zwei Dritteln der stimmberechtigten ordentlichen Mitglieder erforderlich. Ist die Mitgliederversammlung nicht beschlussfähig, so ist vor Ablauf von vier Wochen seit dem Versammlungstag eine weitere Mitgliederversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Die weitere Versammlung hat frühestens zwei Monate vor, spätestens vier Monate nach dem ersten Versammlungstag stattzufinden. Die neue Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Die Einladung zu jener Versammlung muss einen Hinweis auf die erleichterte Beschlussfähigkeit enthalten.
- (7) Zu einem Beschluss über die Abberufung des Vorstands ist eine Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen stimmberechtigten ordentlichen Mitglieder erforderlich, zu einem Beschluss über die Abberufung des Vorstands aus wichtigem Grund genügt eine einfache Mehrheit der erschienenen stimmberechtigten ordentlichen Mitglieder. Zu einem Beschluss über die Auflösung des Vereins ist eine Mehrheit von vier Fünfteln der erschienenen stimmberechtigten ordentlichen Mitglieder, zu einem Beschluss, der eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen stimmberechtigten ordentlichen Mitglieder erforderlich.
- (8) Es wird durch Handzeichen abgestimmt. Auf Antrag von mindestens fünf Anwesenden ist schriftlich und geheim abzustimmen. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der erschienenen stimmberechtigten ordentlichen Mitglieder. Stimmenthaltungen der erschienenen stimmberechtigten ordentlichen Mitglieder zählen als Nein-Stimmen. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
- (9) Über die in der Versammlung gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden der Versammlung und dem Protokollführer zu unterschreiben. Wenn mehrere Vorsitzende tätig waren, unterzeichnet der letzte Versammlungsleiter die ganze Niederschrift. Jedes Mitglied ist berechtigt, die Niederschrift einzusehen.



- (10) Beschlüsse können auch im Wege des schriftlichen Beschlussverfahrens im Sinne des § 32 Abs. 2 BGB herbeigeführt werden.

§ 10 Beirat

- (1) Der Beirat besteht aus bis zu 3 Mitgliedern. Der Beirat unterstützt den Vorstand und arbeitet vertrauensvoll mit ihm zusammen. Der Beirat hat bei den Vorstandswahlen das erste Vorschlagsrecht.
- (2) Die Beiratsmitglieder werden in der Mitgliederversammlung in geheimer Wahl für fünf Jahre gewählt. Wiederwahl ist möglich. Vorstandsmitglieder können nicht in den Beirat gewählt werden. Der Beirat bleibt solange im Amt, bis eine Neuwahl erfolgt. Der Beirat arbeitet ehrenamtlich. § 8 Abs. (4) gilt entsprechend.
- (3) Der Beirat äußert seinen Willen grundsätzlich über den Vorstand. Der Beirat soll einmal im Vierteljahr zusammenkommen. Einer Mitteilung einer Tagesordnung bedarf es nicht. Zu den Sitzungen des Beirates hat der Vorstand Zutritt und das Recht zur Diskussion. Der Beirat bildet seine Meinung durch Beschlussfassung. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

§ 11 Auflösung des Vereins

- (1) Der Verein kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung aufgelöst werden.
- (2) Die Liquidation erfolgt durch den Vorstand.
- (3) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall des gemeinnützigen Zwecks fällt das Vereinsvermögen an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung der Jugendhilfe.

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Satzung gemäß § 71 Abs. 1 Satz 4 BGB.



Christoph Gröner
Vorstandsvorsitzender

Berlin, 16. September 2020